

537 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

Bericht
des
Verfassungsausschusses,
betreffend

das Ansuchen des Landesgerichtes Wien in Strafsachen um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Friedrich Austerlitz wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre.

Kläger ist der Schriftsteller Georg Ruh in Wien; Gegenstand der Klage ein Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ mit der Aufschrift: „Junders neuester Gewährsmann“. Da Abgeordneter Austerlitz in der Eigenschaft als Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“ geklagt erscheint, zur Zeit der Veröffentlichung des Artikels aber nicht mehr Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“ war, der Kläger obendrein mittlerweile verstorben ist, so stellt der Verfassungsausschuss den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

„Die vom Landesgerichte Wien in Strafsachen, Abteilung 23, begehrte Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Friedrich Austerlitz wegen Vergehens der Sicherheit der Ehre wird nicht erteilt.“

Wien, 11. Dezember 1919.

Dr. Bauer,
Obmann.

Jos. Hafner,
Berichterstatter.